

Bayern

Gemeinsam gegen Cybercrime

[26.09.2024] Die Bedrohungslage im Bereich Cybersicherheit hat sich in Bayern weiter verschärft. Laut dem neuen Cybersicherheitsbericht 2024 des Freistaats werden immer mehr kleine und mittelständische Unternehmen sowie Behörden Opfer von Cyberangriffen.

Die Bedrohungslage im Bereich der Cybersicherheit verschärft sich weiter. Das geht aus dem [Cybersicherheitsbericht Bayern 2024](#) hervor, den [Innenminister Joachim Herrmann](#) und [Finanzminister Albert Füracker](#) jetzt vorgestellt haben. „Neben steigenden Fallzahlen im Bereich der Cyberkriminalität beobachten wir, dass bestehende und neue globale Konflikte, wie der russische Angriff auf die Ukraine, als regelrechte 'Brandbeschleuniger' im Bereich der Desinformation wirken“, so Innenminister Herrmann.

Besonders besorgniserregend sei, dass nicht mehr nur Großunternehmen, sondern zunehmend auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Behörden Ziel von Cyberangriffen werden. Finanzminister Füracker betonte: „Schwachstellen in Software sind nach wie vor eine große Gefahr. Cyberkriminelle nutzen nicht oder nicht schnell genug geschlossene Schwachstellen, um sensible Daten zu stehlen oder Systeme zu kompromittieren.“ Zunehmend geraten auch externe Dienstleister ins Visier der Angreifer, etwa bei Wartungsarbeiten.

Das so genannte Phishing, also das Vortäuschen einer vertrauenswürdigen Kommunikation durch gefälschte Webseiten oder E-Mails, ist laut Bericht nach wie vor eine der häufigsten Methoden im Bereich Cybercrime. „Generative Künstliche Intelligenz ermöglicht es, Phishing-Kampagnen noch einfacher und überzeugender zu gestalten“, warnt Herrmann. Auch beim Einsatz von Deepfakes, also gefälschten Videos oder Bildern, spiele KI eine immer größere Rolle. Bayerns [Justizminister Georg Eisenreich](#) zeigte sich insbesondere über die Missbrauchsmöglichkeiten dieser Technologie besorgt: „Es wird immer einfacher, insbesondere Frauen und Mädchen mit Deepfake-Technologie in pornografische Inhalte einzubinden. Der Bundesrat hat auf Initiative Bayerns bereits gehandelt, aber die Bundesregierung muss das Strafrecht anpassen.“

Um den wachsenden Bedrohungen zu begegnen, betonten die Minister die Notwendigkeit einer intensiven behördenübergreifenden Zusammenarbeit. Bayern sei hier gut aufgestellt. So wurde beim Bayerischen Landeskriminalamt die [Zentrale Ansprechstelle Cybercrime](#) eingerichtet, die Behörden, Unternehmen und Institutionen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Darüber hinaus gewährleisteten die seit 2021 aktiven Quick-Reaktion-Teams der Polizei eine schnelle Reaktion auf Cyberangriffe.

(al)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Bayern, Cyber-Sicherheit, Cybercrime